



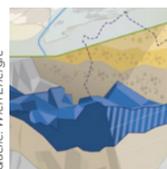
DER KANDIDAT

Alexander Van der Bellen kandidiert wieder für das höchste Amt im Staat. Mehr zur Kampagne auf **Seite 2**



GENUG ZU ESSEN?

Der Ukrainekrieg zeigt deutlich auf, wie unsicher die Lebensmittelversorgung geworden ist. **Seite 3**



GEOthermie

Unter der Erde liegt ein großer Energieschatz. Wie wir die Erdwärme besser nutzen können. **Seite 5**

OÖ.PLANET

AUSGABE NR. 114 JULI 2022 24. JAHRGANG

GRÜNE ZEITUNG FÜR OBERÖSTERREICH

OÖ.PLANET NR. 06/2022 | PREIS: € 1,- | ÖSTERREICHISCHE POST AG | MZ 02Z031264 M
DIE GRÜNEN | LANDESGRUPPE OÖ | 4040 LINZ | LANDGUTSTR. 17 | RETOUREN AN POSTFACH 555 | 1008 WIEN



IMMER ÖFTER WARNSTUFE ROT

Hagel, Hitze, Stürme und Co. Die Auswirkungen der Klimaänderung haben Oberösterreich längst erreicht. Was erwartet uns für die Zukunft. **Seite 4**

Grafik in der Mitte: Langfristige Entwicklung der Jahreswerte von Lufttemperatur in Kremsmünster vom Beginn instrumenteller Messungen bis 2021.

ENERGIEWENDE:

BUND MACHT TEMPO – OBERÖSTERREICH SCHLÄFT NOCH

Ministerin Leonore Gewessler drückt beim Klimaschutz und bei der Energiewende aufs Tempo. Nach dem erfolgreichen Start des Klimatickets,

dem bereits beschlossenen Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz und dem vorgestellten Drei-Punkte-Plan für eine schnellere Energiewende wurde kürzlich auch der Gesetzesentwurf für das „Erneuerbaren-Wärme-Gesetz“ vorgestellt. Dieses Gesetz ist die Basis für den Umstieg von alten, dreckigen Öl- und Gasheizungen auf moderne und klimafreundliche Heizungen. Und es ist auch ein wichtiger Schritt raus aus der Abhängigkeit von russischem Erdgas und arabischem Öl.

„Einst war unser Bundesland Spitzenreiter beim Ausbau der Erneuerbaren Energie. Heute erklärt uns Schwarz-Blau jede Woche, was nicht geht.“

weiter“, kritisiert der Grüne Landessprecher und Klimalandesrat Stefan Kaineder. „Einst war unser Bundesland Spitzenreiter beim Ausbau der Erneuerbaren Energie.“

Heute erklärt uns Schwarz-Blau jede Woche, was nicht geht. Als Landehauptmann würde ich das Thema sofort zur Chef-Sache machen. Denn der zügige Ausbau der Erneuerbaren ist die Lebensversicherung für unsere Industrie und Arbeitsplatzsicherheit.“

Die innovativen Unternehmen sind da schon viel weiter als Schwarz-Blau und die LobbyistInnen der Wirtschaftskammer: BMW baut sein Motorenwerk in Steyr zum Kompetenzzentrum für Elektromobilität um, und die VOEST arbeitet intensiv an einer CO₂-freien Stahlproduktion.

„Während der Bund Schritt für Schritt in die neue Energiezukunft marschiert, geht in Oberösterreich nichts



ZUGESPITZT



■ MARCO VANEK
CHEFREDAKTEUR
MARCO.VANEK@
GRUENE.AT

GUTE SCHULE

Seit zweieinhalb Jahren setzt die Grüne Ministerin Leonore Gewessler mit ihrem Mega-Ressort die politische Agenda in diesem Land, ohne sich an die eingespielten Machtstrukturen zu halten.

Zurzeit steht sie aber zwischen den Fronten, aktuell die Versorgung mit fossiler Energie aufrechtzuerhalten und andererseits langfristig unser Energiesystem auf Erneuerbare umzustellen.

Dass sie in ihrer politischen Arbeit sehr hartnäckig sein kann, haben schon mehrere VerhandlungspartnerInnen spüren müssen. So drohte sie der EU kurzum mit einer Klage, weil sie dem Atomstrom ein grünes Mascherl umbindet. Mehreren Landeshauptmännern stellte sie die Rute ins Fenster, weil sie bei Windkraftprojekten säumig sind. Noch gut in Erinnerung ist ihr Schachzug beim Lobautunnel, wo sie damit das rot-schwarze Machtduo in Wien und Niederösterreich vor den Kopf stieß. Auch bei der Einführung des Klimatickets bremste sie den mächtigen Verbund Ostregion aus.

Gewesslers Politstil ist hierzulande unüblich: Sie nimmt keine Rücksicht auf eingespielte Machtstrukturen, ebensowenig muss sie die Sozialpartner bedienen. Keine Spur von einer Rücksichtl-Politik (Kurier), die jahrzehntelang das Land in den politischen Tiefschlaf versetzte.

Mittlerweile hat sie bewiesen, dass sie das politische Handwerk beherrscht. Die Umweltorganisation Global 2000, bei der Gewessler ihre ersten zivilgesellschaftlichen Sporen verdiente, muss eine gute Schule gewesen sein...

... meint Marco Vanek
Chefredakteur öö.planet

FÜR DEN „STAATSMANN MIT EINEM SCHUSS HUMOR“

Eine bunte Allianz aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft setzt sich für die Wiederwahl von Alexander Van der Bellen am 9. Oktober zum Bundespräsidenten ein. Jede Unterstützung ist erwünscht.

■ MARCO VANEK

Auch wenn der Wahlkampf erst im September offiziell starten wird, formieren sich bereits jetzt die UnterstützerInnen aus unterschiedlichen politischen Richtungen für die Wiederwahl von Alexander Van der Bellen. Darunter sind einige Prominente, Ex-PolitikerInnen und UnternehmerInnen.

So hat sich die ehemalige ÖVP-Gesundheitsministerin Maria

Rauch-Kallat als Privatperson bereiterklärt, für Van der Bellen zu werben, sowie die frühere SP-Justizministerin Maria Berger und der ehemalige Wirtschaftssprecher der Neos, Sepp Schellhorn. Neben dem Bio-Pionier Werner Lampert ist dem Unterstützungskomitee auch die frühere Energiesprecherin der Grünen, Christiane Brunner, beigetreten.

Staatsmann mit Humor

Maria Rauch-Kallat würde sowohl beim Sammeln der notwendigen Unterstützungserklärungen als auch im Wahlkampf mithelfen, betonte sie vor JournalistInnen. Rauch-Kallat ist zwar als Privatperson an Bord, aber auch ohne offizielle Wahlempfehlung ihrer Partei gebe es „viele in der ÖVP, die so denken wie ich“, sagte sie auf Nachfrage. Schon 2016 sei sie davon überzeugt gewesen, dass Van der Bellen die richtigen Qualitäten für das Amt mitbringe. Nach den „turbulenten Zeiten“ seit seiner Wahl gelte das umso mehr, verwies sie auf seinen Umgang mit Ibiza-Skandal, Misstrauensvotum, Übergangsregierung und Coronakrise. „Seine ruhige und besonnene Art hat uns allen in den letzten fünf Jahren gut getan.“ Van der Bellen habe sich zum Staatsmann entwickelt, aber immer „mit einem Schuss Humor“.

Neben den „PionierInnen“ der „Stimmen für Van der Bellen“ haben sich laut Wahlkampfleiter Martin Radjaby auch schon viele andere UnterstützerInnen gemeldet. So gebe es etwa die Gruppe „Läufer für Van der Bellen“ und Unterstützung aus der Gastronomie.

Hohe finanzielle Transparenz

Alexander Van der Bellen und sein Team legen großen Wert auf hohe Transparenz ihrer Wahlkampfspenden. Aktuelle Zahlen darüber gibt es laufend auf der Kampagnen-

homepage. So wurden bis 4. Juli von 417 KleinspenderInnen 49.276 EUR überwiesen. Spenden über 3.500 EUR werden extra ausgewiesen und auch jene von politischen Parteien. Die Grünen haben bis zum Redaktionsschluss 500.000 EUR gespendet.

Weitere Infos:

→ www.vanderbellen.at

VAN DER BELLEN UNTERSTÜTZEN

Es ist ein wichtiges Zeichen für eine lebendige Demokratie, wenn sich Menschen aus dem ganzen Land an einer Wahlbewegung beteiligen.

Du möchtest die unabhängige Wahlbewegung für Alexander Van der Bellen unterstützen?

Wir freuen uns über deine Spende

→ vanderbellen.at/spenden

Wir freuen uns, wenn du ab 9. August an deinem Gemeindeamt eine Unterstützungserklärung unterzeichnest. Das Formular gibt es in Kürze unter

→ vanderbellen.at

Wir freuen uns, wenn du dich anmeldest und die Wahlbewegung für Van der Bellen aktiv unterstützt

→ vanderbellen.at/mitmachen



Foto: Wolfgang Zaic

GLÄSERNE PARTEIKASSEN KOMMEN

Ab 2023 wird es mehr Transparenz bei den Parteieinnahmen und -ausgaben geben. Ab dann müssen die Parteien lückenlos Auskunft über ihre Finanzen geben. Für Spenden gelten besonders strenge Regeln. Alle Ausgaben im Wahlkampf müssen spätestens sechs Monate nach der Wahl gemeldet werden. Der Rechnungshof kann direkt prüfen – durch Einblick in die Konten und Aufzeichnungen der Parteien.



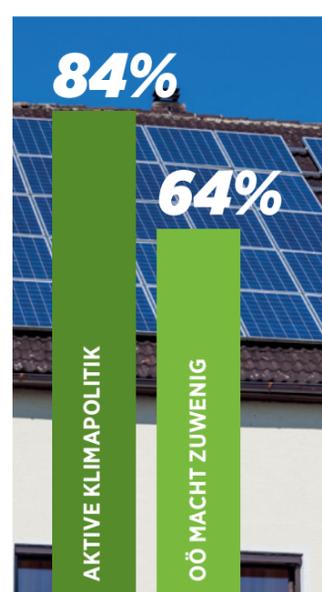
Foto: Bilderbox.at

BEREIT FÜR DEN AUSBAU DER ERNEUERBAREN

KLIMAPOLITIK

Die Bevölkerung erlebt die Klimakrise mittlerweile als persönliche Bedrohung. Wie auch schon der Klimarat betonte, hat die Bevölkerung längst verstanden, dass es jetzt mutige Entscheidungen braucht. Ein lauter Ruf der BürgerInnen nach Taten gegen die Klimakrise – endlich auch in Oberösterreich.

84% fordern aktive Klimapolitik, damit auch unsere Kinder noch einen lebenswerten Planeten vorfinden. 64% sagen, die aktuelle Politik in OÖ macht zu wenig gegen die Klimakrise.



WINDKRAFT

Die Leute sind längst bereit für einen kraftvollen Ausbau der Erneuerbaren, um rasch frei von Gas und Öl zu werden.

82% unterstützen den Bau von Windrädern an windreichen Standorten, um bei der Energieversorgung unabhängiger zu werden.

68% sind dafür, Windräder zu bauen, auch wenn das das Landschaftsbild verändert.

Kernaussagen der OÖ. Klimaumfrage von SORA im Auftrag des Umweltressorts des Landes OÖ (700 Befragte; Juni 2022)



SICHERE NAHRUNG – ABER WIE?

Der Ukraine-Krieg zeigt auf, wie anfällig unsere Ernährungssicherheit geworden ist. Umweltgesetze deswegen auszuhebeln, um in der Europäischen Union intensiver Landwirtschaft betreiben zu können, ist keine Lösung.

■ MARCO VANEK

Bereits im März hätte die EU-Kommission ein Gesetz zur Renaturierung (siehe Infokasten) vorstellen sollen. Im Juni war es dann so weit, doch die Vorlage wurde entgegen dem ersten Entwurf durch den Druck der Agrarindustrie und der EU-Kommissarin Mairead McGuinness aufgeweicht, wie der Grüne EU-Abgeordnete Thomas Waitz kritisiert.

Hinter dem Widerstand der Agrarlobby gegen den ursprünglichen Gesetzesvorschlag stand auch die Überlegung, wegen des Krieges in der Ukraine möglichst viele Flächen für die Produktion von Lebensmitteln zu sichern. Das klingt erst einmal vernünftig und nach richtiger Prioritätensetzung. Trotzdem ist es falsch und kurzsichtig.

Lebensmittelproduktion langfristig sichern

Als Reaktion auf den Ukraine-Krieg müsste Europa eigentlich erst recht daran gelegen sein, die Produktion von Lebensmitteln langfristig zu sichern. Und das ist nun mal nur möglich,

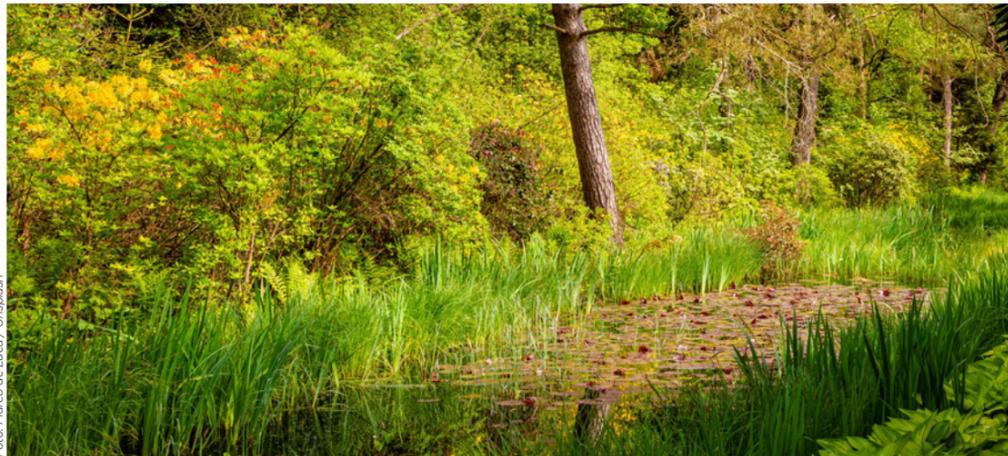


Foto: Marco de Luca / Unsplash

Moore sind ein Kohlendioxid-Speicher und dürfen nicht für eine intensivere Landwirtschaft geopfert werden.

wenn die Natur intakt ist und nicht ausgelaugt und am Rande ihrer Kapazitätsgrenze ums Überleben kämpft.

Doch leider haben viele immer noch nicht verstanden, dass Ökologie kein Luxus ist, den man sich in guten Zeiten leisten kann und der in schlechten Zeiten als erstes wieder infrage gestellt wird und hinten herunterfällt. Funktionierende Ökosysteme sind unverzichtbar, um auf Dauer fruchtbare Böden zu haben und Lebensmittel erzeugen zu können.

Qualitätsvollere Tierhaltung

Dazu kommt, dass die zusätzlichen Erträge, die durch den Stopp des Renaturierungsgesetzes erzielt hätten werden können, global betrachtet, minimal sind. Es gäbe wesentlich wirkungsvollere Mittel, um die Lebensmittelversorgung auch in Krisenzeiten zu gewährleisten. Erstens: eine qualitativere Tierhaltung. Wenn die Tiere nicht mehr mit so großen Mengen Getreide gefüttert würden wie momentan, sondern statt-

dessen wieder hauptsächlich Grundfutter, also Gras, Heu und Grassilage zu fressen bekämen, würde die Produktion von Milch und Fleisch wieder wesentlich ökologischer sein, und vor allem würde viel weniger Ackerfläche für die Produktion von Milch und Fleisch verbraucht werden. Der positive Nebeneffekt: die Tiere wären gesünder. Zweitens: weniger Lebensmittel wegwerfen. Ein erheblicher Anteil der Ernten gelangt gar nicht erst in die Läden, weil er vorher aus-

sortiert wird – meist weil das Aussehen der Produkte nicht den hohen Ansprüchen der KäuferInnen entspricht. Zusätzlich werfen die VerbraucherInnen etwa 30 Prozent der eingekauften Lebensmittel weg. Drittens: keine riesigen Ackerflächen für die Stromerzeugung mit Biogas verschwenden und keinen Weizen in Form von Bioethanol in den Benzintank. Statt lebensfeindlicher Maismonokulturen könnten dort dann Grundnahrungsmittel angebaut werden.

EU-GESETZ ZUR RENATURIERUNG VORGELEGT

Die EU-Kommission hat am 22. Juni ein wichtiges Naturschutz- und Naturwiederherstellungsgesetz dem EU-Parlament und dem Europäischen Rat vorgelegt. Es soll die Entwaldung, Zerstörung, Degradierung, Verbauung oder Trockenlegung verlorengangener Natur wiederherstellen. Mindestens 25.000 Kilometer frei fließender Flüsse sollen wieder

in ihren ursprünglichen Zustand rückgeführt werden. Ein weiteres Ziel ist, durch die Schaffung neuer CO₂-speichernder Ökosysteme und Landschaften wie Moore und Wälder zum natürlichen Klimaschutz beizutragen. Schon heute speichern Moore und andere Feuchtgebiete, die global 3% der Landfläche bedecken, 30% des im Boden gespeicherten CO₂.

KOMMENTAR



■ CLEMENS STAMMLER
GRÜNER
AGRARSPRECHER
CLEMENS.STAMMLER@
GRUENE.AT

WIESO DIE LEBENSMITTELPREISE STEIGEN

Infolge des Einmarsches der russischen Truppen in die Ukraine steigen weltweit die Lebensmittelpreise und Millionen Menschen im globalen Süden hungern. Diese Kette sagt viel über die Lebensmittelindustrie und die Funktionsweise globaler Märkte aus: denn sie legt Volatilitäten und Abhängigkeiten offen, wie jene von fossiler Energie, Düngemitteln und globalen Lieferketten. Diese Probleme bestehen nicht erst seit dem Krieg. Bereits während der Corona-Pandemie konnten wir Preissteigerungen beobachten. Die Lieferketten waren verlangsamt, die Bewegungsfreiheit der Menschen stark eingeschränkt. Erntehelferinnen und -helfer wurden an der Grenze aufgehalten, Bäuerinnen und Bauern fürchteten, dass ihre Ernte unter der Erde verfault. Eine Folge dieser Unsicherheit: Preissteigerungen. Zusätzlich führte die Pandemie zu Schwankungen in der Energienachfrage. Die Schwankungen selbst waren ein Resultat von Unsicherheit und haben sich in der (ressourcen-)intensiven Landwirtschaft widerspiegelt. Natürlich ist unsere Lebensmittelproduktion auch abhängig von der Natur und vom Klima. Durch Extremwetterereignisse wie Hitze, Trockenheit oder Starkregen fallen die Erntemengen vielerorts bereits geringer aus. Und auch hier gilt: Auch diesen Unsicherheiten folgen Preissteigerungen.



Langfristig müssen wir die Krise als Chance betrachten, unsere Lebensmittelversorgung auf stabile Beine zu stellen. Eine krisensichere Landwirtschaft ist kleinstrukturiert, unabhängig, ökologisch und dann auch ihr Geld wert. Begreifen wir die Krisen als Chancen und gestalten wir die Landwirtschaft neu.

Clemens Stammer, der Grüne Agrarsprecher, Obmann der Grünen Bäuerinnen und Bauern – GBB und Biobauer aus dem Raum Gmunden. Mit der Vortragsreihe „Europas Kornkammer brennt“ tourt er gerade durch Oberösterreich

DICKES MINUS BEI DIREKTVERMARKTERINNEN

Hohe Inflation, Auswirkungen des Ukraine-Krieges sowie die stärkere Reiselust und vermehrte Gastronomiebesuche setzen den heimischen bäuerlichen DirektvermarkterInnen zu. Nicht nur Biobetriebe, sondern auch konventionelle sind von Umsatzrückgängen bis zu 30 Prozent betroffen.

Die geänderten Kaufgewohnheiten spürt auch Stefanie Thaler vom Miesenbergerhof in Leonding. Die aktuelle Situation beunruhigt sie schon. Von der großen Nachfrage nach Bioprodukten wie in Corona-Hochzei-

ten ist nichts mehr zu spüren. Gemeinsam mit ihrem Mann Simon bauen sie Biogemüse an und halten Legehennen. Sie vertreiben ihre Produkte direkt ab Hof und haben zusätzlich am Leondinger Wochenmarkt einen Verkaufsstand. „Bei den Bio-Eiern haben wir heuer



Stefanie Thaler und Sven Schwerer starteten eine Kampagne zur Unterstützung lokaler LandwirtInnen.

Umsatzeinbußen von rund 15 Prozent, auch beim Bio-Gemüse spüren wir den Rückgang“. Als eine der ersten Konsequenzen haben sie ihren Bestand um etwa 150 Hühner reduzieren müssen. Auch beim Gemüse überlegen sie, ob sie nicht weniger anbauen sollen.

Gemeinsam mit den Grünen Leonding und den Grünen Bäuerinnen und Bauern (GBB) hat Thaler die Kampagne „Support your local farmer“ ins Leben gerufen. Mit Infobroschüren und T-Shirts machen sie und ihre KollegInnen auf die Situation der heimischen (Bio-) BäuerInnen aufmerksam. Sven Schwerer, Grüner Stadtrat, und der Grüne Nationalrat Clemens Stammer nennen eines der Ziele: „Wir motivieren Menschen, selbst aktiv zu werden und bei lokalen ProduzentInnen einzukaufen. Wertschätzung allein ist nicht genug!“



ENERGIEGEMEINSCHAFTEN

Schon 2017 wurde die Möglichkeit geschaffen, dass mehrere Personen auf einem Grundstück gemeinschaftlich Energie erzeugen und nutzen. Die Energiegemeinschaften jetzt gehen deutlich weiter. Über Grundstücksgrenzen hinaus kann Energie produziert, gespeichert, verbraucht und verkauft werden. Das neue Gesetz definiert dabei zwei Möglichkeiten:

Erneuerbare-Energie-Gemeinschaft (EEG)

Wenn Private zu EnergieversorgerInnen werden wollen, können sie sich lokal zu EEG zusammenschließen. Sie müssen sich im Versorgungsgebiet eines Energieversorgers befinden. Mitglieder können natürliche oder Rechtspersonen sein. So können sich zum Beispiel auch Gemeinden oder Unternehmen zusammenschließen, aber auch Privatpersonen. Bei der Organisationsform ist vieles möglich – vom Verein über die Genossenschaft bis zur Aktiengesellschaft. Wichtig allerdings ist, dass keinesfalls eine Gewinnabsicht im Vordergrund steht.

Bürgerenergiegemeinschaften (BEG)

Bürger-Energie-Gemeinschaften dürfen nur elektrische Energie erzeugen, verbrauchen oder verkaufen. Allerdings sind sie nicht auf Erneuerbare Energie beschränkt und können sich auch auf das Versorgungsgebiet mehrerer Energieversorger erstrecken. Auch hier darf die Gewinnabsicht nicht im Vordergrund stehen.

Die Vorteile bei beiden Varianten sind klar: gemeinsame Nutzung von erneuerbarer Energie, dezentrale Versorgung, Reduzierung der Abhängigkeit von anderen Ländern.

Finanzieller Anreiz: Der Erneuerbaren-Förderbetrag muss nicht mehr bezahlt werden, man wird von der Elektrizitäts-Abgabe für Photovoltaik-Strom befreit und die Netzentgelte sind reduziert.

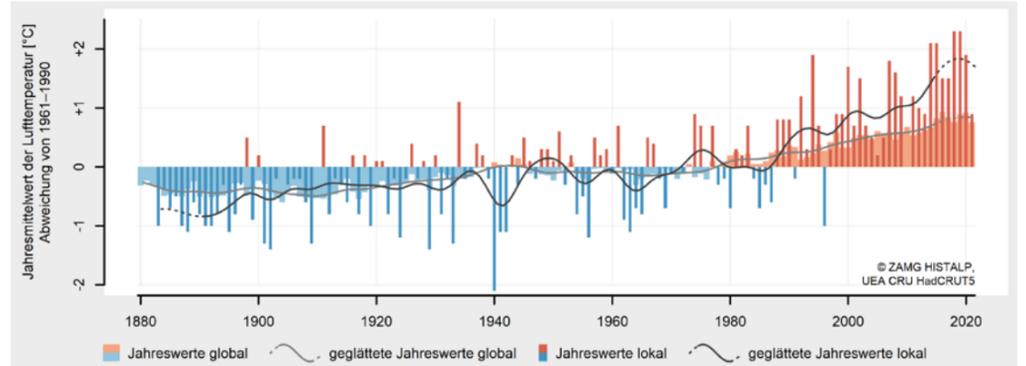
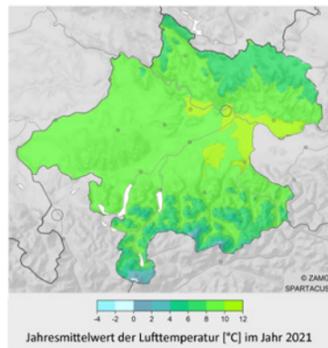
➔ www.energiegemeinschaften.gv.at

WENN DAS WETTER VERRÜCKT SPIELT

Verheerende Gewitter, drückende Hitze, tropische Stürme und anhaltende Trockenheit. Der Klimawandel hat Oberösterreich längst erreicht, und die Auswirkungen werden uns bleiben. Was erwartet uns in Zukunft?

■ MARCO VANEK

Auch wenn einzelne Wetterereignisse nicht unmittelbar durch den Klimawandel verursacht werden, besteht doch ein Zusammenhang zwischen höheren Temperaturen und den immer häufiger auftretenden Wetterkapriolen. So meldeten Anfang Juli die diensthabenden Meteorologen, dass am Observatorium am Sonnblick auf über 3100 Meter erstmals in der Beobachtungsgeschichte die gesamte Schneedecke abgeschmolzen ist. Wenige Tage später folgte die Meldung des Gletscherforschers Klaus Reingruber, dass bereits die Hälfte des Eises am Hallstätter Gletscher ver-

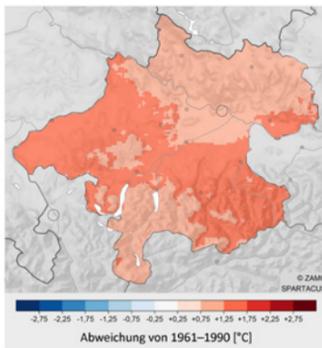


Langfristige Entwicklung der Jahreswerte der Lufttemperatur global und in Kremsmünster von 1880 bis 2021.

schwunden ist, drei Wochen früher als im Rekordsommer 2021.

Mehr extreme Wetterereignisse

Die höheren Temperaturen lassen nicht nur die Gletscher abschmelzen, sondern Unwetter werden immer intensiver, weil mehr Energie und Feuchtigkeit in der Atmosphäre sind. Die heftigsten Wetterereignisse werden sich aber weiterhin in der Gewittersaison zwischen Juni und August ereignen. In Zukunft könnten aber die heftigen Gewitter – so wie es heuer der Fall war – bereits im Mai starten und erst im September



Räumliche Verteilung der Jahreswerte 2021 von Lufttemperatur in Oberösterreich als Absolutwerte (links) und als Abweichungen vom Mittelwert des Bezugszeitraumes 1961–1990 (rechts).

Grafiken: @Klimastatusbericht Österreich 2021, Klimarückblick Oberösterreich, Hrsg. CCA 2022

AB WANN ES IN OBERÖSTERREICH IMMER WÄRMER WURDE

Die Klimastation im Stift Kremsmünster zeichnet seit dem Jahr 1762 die gemessenen Lufttemperaturen auf. Diese bewegten sich vom Spätbarock ausgehend in einem aus heutiger Sicht niedrigen Bereich und gingen bis etwa 1890 langfristig etwas zurück. Ende des 19. Jahrhunderts setzte eine schwache Erwärmung ein,

die sich um 1980 verstärkte und seither ununterbrochen anhält. Bereits etwa 1990 verließ das Temperaturniveau den bis dahin aus Messungen bekannten Bereich. Elf der zwölf wärmsten Jahre der letzten 260 Jahre traten nach 2000 ein. Das letzte leicht unterdurchschnittlich temperierte Jahr liegt mittlerweile 27 Jahre zurück.

enden, erläuterte der Meteorologe Michael Butschek von der Zentralanstalt für Meteorologie (ZAMG) gegenüber den OÖN. Die Bahnen, in denen Gewitter über Oberösterreich ziehen, verändern sich durch den Klimawandel nicht. Daher muss jede Region in Oberösterreich mit Unwettern und Stürmen rechnen.

Häufigere Trockenheit

Auch wenn Starkregenereignisse die Regenmengen nach oben treiben können, sodass es statistisch aussieht, dass sich nichts verändert hat, könnte es doch trockener wer-

den. Längere Trockenphasen könnten durch heftige Regenfälle unterbrochen werden, die wiederum zu lokalen Überschwemmungen führen, weil der ausgetrocknete Boden so viel Wasser auf einmal nicht aufnehmen kann. „Wir werden mit den Extremwetterereignissen leben müssen“, so Butschek und rechnet damit, dass die Intensität der Starkniederschläge mit jedem Grad mehr an Durchschnittstemperatur um zehn Prozent wächst. „Es geht also noch schlimmer, vor allem unsere Kinder und Enkelkinder werden mit den Folgen unseres Handelns leben müssen.“

DER KLIMARAT: 93 EMPFEHLUNGEN AN DIE POLITIK

Eine der Forderungen des Klimavolksbegehrens wurde nun erfolgreich umgesetzt.

Es waren Landwirte und Landwirtinnen, Unternehmer und Unternehmerinnen, Arbeiter und Arbeiterinnen ebenso wie Angestellte, Polizisten und Polizistinnen, Schüler und Schülerinnen und viele mehr. Von Jänner bis Juni 2022 konnten hundert BürgerInnen an sechs Wochenenden die Klimazukunft des Landes aktiv mitgestalten. Die Statistik Austria hat sie mittels Zufalls-

stichprobe ausgewählt, und sie bildeten eine Art Mini-Österreich ab.

Dabei war auch die 18-jährige Maturantin Julia Riffelsberger aus Wels, die den anstrengenden Weg zu den gemeinsamen Ergebnissen

schildert: „Die Zusammenarbeit war extrem respektvoll. Die ModeratorInnen haben darauf geachtet, dass alle zu Wort kommen. Natürlich ist man mit Menschen zusammengetroffen, die gegensätzliche Meinungen hatten. Wir haben

aber schnell gelernt, mit verschiedenen Ansichten umzugehen und konnten uns letztlich gut auf die Empfehlungen einigen.“

Die Empfehlungen

In der Schlussdokumentation werden 93 Empfehlungen aufgelistet, wie Österreich bis 2040 klimaneutral werden soll. Im Bereich Energie reichen sie von einer effektiven CO₂-Bepreisung bis zur Abschaffung der Subventionen für fossile Energie. Im Bereich Konsum und Produktion werden etwa das Verbot von Vernichtung von Neuwaren vor allem im Onlinehandel genannt, aber auch günstigere Kreditbedingungen für

klimawirksame Projekte. Im Handlungsfeld Ernährung und Landnutzung empfiehlt der Klimarat unter anderem eine klimafreundliche und wertschätzende Preisgestaltung bei Lebensmitteln einzuführen oder ein Wegwerf-Verbot für noch genießbare Lebensmittel. Beim Thema Wohnen wurden mehrere Vorschläge erarbeitet, um die Bodenversiegelung zu stoppen. Im Bereich Mobilität soll sowohl im städtischen als auch im ländlichen Bereich der öffentliche Verkehr forciert werden. Die Neuzulassung von Verbrennungsmotoren soll 2027 beendet werden.

➔ www.klimarat.org



Foto: Klimarat.org

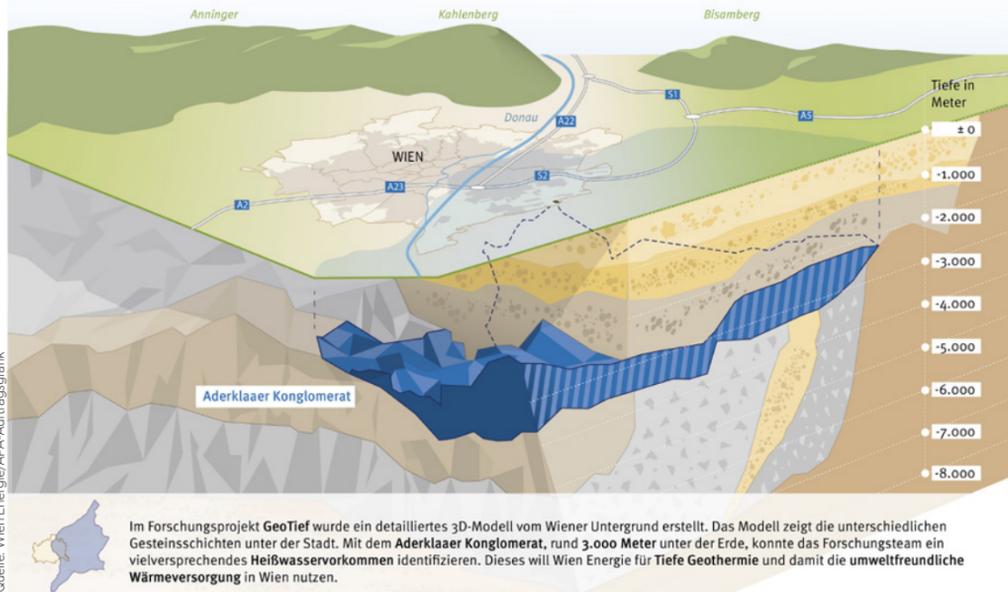
„BEI GEOTHERMIE IST NOCH VIEL POTENZIAL UNGENÜTZT“

Die Erdwärme ist in Österreich eine ernstzunehmende Alternative zu Öl und Gas. Sie ist saisonal speicherbar, kostengünstig und stabil. Wir könnten damit unabhängiger von fossilen Energieträgern werden.

■ IRENE MAYER-KILANI

In der aktuellen Energiekrise mit massiv steigenden Strom- und Gaspreisen ist der Umstieg auf alternative Energiequellen in die zentrale Debatte gerückt. Seit Beginn des Ukraine-Kriegs ist das Energie- und Klimaschutzministerium im Krisenmodus und damit beschäftigt, Österreich auf einen möglichen Gaslieferstopp aus Russland vorzubereiten. Der rasche Erneuerbaren-Ausbau ist somit nicht nur eine klimapolitische, sondern auch geopolitische Notwendigkeit geworden. Auf Hochtouren wird derzeit daran gearbeitet, die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern und speziell von russischem Erdgas zu beenden. Auf der Suche nach Alternativen zu russischem Erdgas plant Energieministerin Leonore Gewessler das Potenzial der Erdwärme weiter auszubauen. Geothermie wird in Österreich bisher nur für 1,6 Prozent der Heizungen genutzt. Speziell die tiefer in der Erde liegende Wärme ist noch bis zu 90 Prozent ungenutzt.

Das Klimaschutzministerium und der Klima- und Energiefonds haben im März eine



Quelle: Wien Energie/APA-Auftragsgrafik

Im Forschungsprojekt GeoTief wurde ein detailliertes 3D-Modell vom Wiener Untergrund erstellt. Das Modell zeigt die unterschiedlichen Gesteinsschichten unter der Stadt. Mit dem Aderklaaer Konglomerat, rund 3.000 Meter unter der Erde, konnte das Forschungsteam ein vielversprechendes Heißwasservorkommen identifizieren. Dieses will Wien Energie für Tiefe Geothermie und damit die umweltfreundliche Wärmeversorgung in Wien nutzen.

Im Forschungsprojekt GeoTief Wien wurde ein detailliertes 3D-Modell vom Wiener Untergrund erstellt. Das Modell zeigt die unterschiedlichen Gesteinsschichten unter der Stadt.

„Roadmap Geothermie“ mit den geothermischen Potenzialen des Landes präsentiert. Diese Publikation bildet auch die Basis für die künftige Forschungs- und Technologiepolitik in diesem Bereich. Damit Geothermie mit anderen vergleichbaren, erneuerbaren Technologien konkurrieren kann, müssten nach Expertenmeinung vor allem die Kosten für Bohrungen und Bohrtechnologien gesenkt werden. Weiters müssten die Entwicklungszeiträume um bis zu 50 Prozent reduziert werden. Es gibt aber nicht nur technologische Hürden, die den Geothermie-Ausbau bremsen. Auch der Zugang zu Planungs- und Vorzeigeprojekten zählt dazu.

Geothermie kann einen wichtigen Beitrag zur Wärmewende leisten, ist Edith Haslinger vom Austrian Institute of



Foto: Wien Energie/Johannes Zimmer

WAS IST GEOTHERMIE

Geothermie - die Nutzung von Erdwärme - ist eine natürliche Ressource und kann zur Bereitstellung von (Raum-)Wärme sowie zur Erzeugung von emissionsfreiem Strom verwendet werden. Energieversorger setzen in Zukunft verstärkt auf diese nachhaltige und emissionsfreie Energiequelle und den Ausbau der Fernwärmeversorgung - unabhängig von fossilen Energieträgern, speziell von Erdgasimporten.

Technology (AIT) überzeugt. Die Vorteile der Erdwärme liegen darin, dass sie saisonal speicherbar, kostengünstig, stabil und vor allem unabhängig von Importen ist.

Derzeit sind in Österreich vor allem oberflächennahe geothermische Anlagen verbreitet. Bei der oberflächennahen Erdwärme gibt es landesweit laut Angaben des Ministeriums etwa 90.000 installierte Wärmepumpen für Niedertemperatur-Anwendungen. Der Anteil der Wärmepumpen am erneuerbaren Wärmemarkt sei mit vier Prozent zwar noch gering. Er soll in den nächsten Jahren aber steigen und könnte künftig laut Prognosen des Klimaschutzministeriums bei über 20 Prozent liegen. Bei der erneuerbaren Stromerzeugung ist die Geothermie mit einem Anteil von unter 0,1 Prozent vernachlässigbar.

GEOTHERMIE IN OBERÖSTERREICH

Die Energie AG Oberösterreich hat in Braunau/Simbach gemeinsam mit Partnern bereits Ende der 1990er Jahre das erste grenzüberschreitende Geothermie Projekt verwirklicht. Die Erdwärme wird hier aus einer Tiefe von über 2.000 Metern gewonnen und anschließend in ein lokales Fernwärmenetz eingespeist. Darüber hinaus ist das Energieunternehmen aktuell an einem weiteren Geothermie-Projekt zur Fernwärmeerzeugung in Ried im Innkreis beteiligt. Beide Projekte leisten laut Auskunft des Energieversorgers „einen nicht unbedeutenden Beitrag“ zur Dekarbonisierung der Raumwärmeerzeugung in den Regionen. Durch sie können pro Jahr mehr als 20.000 Tonnen CO₂-Emissionen eingespart werden. Geothermie-Anlagen befinden sich in Obernberg, St. Martin/Innkreis, Altheim, Geinberg, Ried/Mehrnbach, Bad Schallerbach und Haag. Die Ausbaupotenziale bei Geothermie werden im ganzen Bundesland regelmäßig evaluiert.

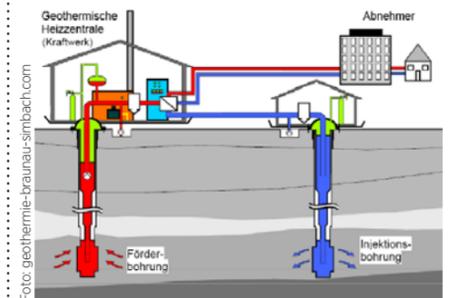


Foto: geothermie-braunau-simbach.com

Herausforderung Standortsuche

Die größte Herausforderung der Geothermie zur Wärme und Stromerzeugung liegt darin, einen geeigneten Standort mit entsprechenden Vorkommen an heißen Quellen zu finden. Sind potenzielle Standorte gefunden, ist eine detaillierte geologische Untersuchung inklusive Probebohrungen notwendig, um die Leistungsfähigkeit wie Temperatur und Menge der Quellen genau zu prüfen. Neben den technischen Herausforderungen - in Österreich sind meist Bohrungen in großen Tiefen notwendig, die technisch anspruchsvoll und kostenintensiv sind - ist dazu im Vorfeld auch die Zustimmung der Behörden notwendig.

➔ geothermie-braunau-simbach.com

CHANCEN UND POTENZIALE

Wie der Ausbau der Geothermie gelingen kann

Die Hälfte des heimischen Gesamtenergiebedarfs wird für das Heizen und Kühlen aufgewendet. Daher ist laut Klimaschutzexperten eine erfolgreiche Energiewende vor allem vom Wärme- beziehungsweise Kältesektor abhängig. Der Verein Geothermie Österreich hat gemeinsam mit dem Umweltdachverband einen Maßnahmenkatalog erstellt, um den Ausbau der Geothermie voranzutreiben.

Dieser sieht unter anderem die rasche Umsetzung des Erneuer-

baren-Wärme-Gesetzes sowie Rechtsgrundlagen für den Umstieg auf erneuerbare Heizsysteme vor. In diesem Zusammenhang müsste das Bergrecht modernisiert werden, um Genehmigungsverfahren zu vereinfachen und langfristige Investitionssicherheit bei geothermischen Projekten zu schaffen. Auch

brauche es Investitionsanreize für den Umstieg auf Geothermie, betonten die beiden Organisationen. Ein erleichterter Zugang zu Daten der Erdöl- und Erdgaserkundungen sei ebenso notwendig wie eine Ausbildungsinitiative, um das volle Potenzial der Geothermie hierzulande zu nutzen.

Außergewöhnliches Potenzial in Wien

In der Bundeshauptstadt gibt es unter der Stadt ein Heißwasservorkommen, wie man es in Europa nur selten findet. Hinzu kommt ein gut ausgebautes Fernwärmenetz, das die Infrastruktur für die Verteilung bietet. Tiefe Geothermie ist außerdem grundlastfähig, erklärte Peter Keglovic, Projektleiter Tiefe Geothermie bei Wien Energie. Ein weiterer Vorteil dieser nachhaltigen Energiequelle ist, dass sie rund um die Uhr, unabhängig von Jahreszeit oder Wetter, zur Verfügung steht. Aufgrund dieser Voraussetzungen hat



Foto: Wien Energie/Johannes Zimmer (2)



die tiefe Geothermie in Wien viel Potenzial - sowohl für die Energiewende als auch für mehr Unabhängigkeit von fossilen Quellen, wie russischem Erdgas. „Unser Ziel ist es, bis 2030 umgerechnet rund 125.000 Haushalte mit Wärme aus der Tiefen Geothermie versorgen zu können“, betonte Keglovic.

KOMMENTAR



■ SEVERIN MAYR
KLUBOBMANN DER
GRÜNEN IM OÖ. LANDTAG
SEVERIN.MAYR@
GRUENE.AT

NEUE VER-
TRAUENS BASIS
ERRICHTEN

Was ist Demokratie? Wählen gehen, natürlich. Meinungsfreiheit und Partizipation. Sie ist aber auch Offenheit und Transparenz. Das Vertrauen, dass die politischen VertreterInnen danach handeln. Ohne dies gerät die Demokratie ins Wanken. Daher ist es unerklärlich, warum man dieses Vertrauen vorsätzlich beschädigt. Denn es ist tatsächlich ramponiert durch etliche Vorfälle der jüngeren politischen Vergangenheit wie Umfragen-Bestellung, Inseratenwerbung, Einflussnahmen und zweifelhafte Wahlkampfausgaben. Das alles passiert von Vorarlberg bis Wien mit Zwischenstopp in Oberösterreich, Stichwort Covid-Förderung für den Seniorenbund.

Das ist selbstverständlich abzustellen. Ebenso selbstverständlich hat die Politik aktiv diese Vertrauensbasis wieder zu errichten. Das betrifft uns PolitikerInnen im Einzelnen in unserer Vorbildfunktion. Aber auch das gesamte System und damit jahrelang kaum hinterfragte und liebgelebte Praktiken auch in Oberösterreich. Etwa, dass Landesinserate in parteinahen Medien geschaltet werden und damit ein schönes Körbergeld in Parteikassen fließt. Das ist zu verbieten. Oder, dass in Oberösterreich so viel Wahlkampfgeld ausgegeben wird wie in keinem anderen Bundesland. Das müssen wir durch ein neues Parteienfinanzierungsgesetz abstellen. Es geht in beiden Fällen schlicht um das Geld der SteuerzahlerInnen. Die Politik will und braucht das Vertrauen der Menschen, sie muss es sich wieder verdienen. Das geht nicht mit ein paar Retuschen, sondern nur mit einem Wandel im Denken und Handeln.

IMPRESSUM

oö.planet. 6/2022 Zulassungsnr.: GZ 02Z031264 M
MedieninhaberInnen: Die Grünen OÖ und die Grüne Bildungswerkstatt, beide 4040 Linz, Landgutstraße 17
HerausgeberInnen: Die Grünen OÖ, die Grüne Bildungswerkstatt OÖ und der Klub der Grünen im oö. Landtag.
Die Redaktion: Mag. Marco Vanek (Chefredakteur), Mag. Gerhard Niederleuthner, Mag. Markus Ecker, Ursula Roschger
MitarbeiterInnen und AutorInnen: Mag. Herbert Voraberger, Severin Mayr, Dr. René Freund, Mag. Ingrid Mayer-Kalami
Korrektorat: Mag. Barbara Vanek
Fotos: Bilderbox, Unsplash, Grünes Archiv, Mag. Marco Vanek, Ron Sandmayr, Shutterstock
Gestaltung: agentur g+, Mag. Gerhard Niederleuthner und Gernot Wartner
Produktion: Mag. Marco Vanek, Mag. Gerhard Niederleuthner
Adressverwaltung: Tel.: 0732/73 94 00 Richard Steinmetz service.oee@gruene.at
Druck: Wimmer Medien Druck, Linz
Verbreitete Auflage: 22.000 Stück
Die nächste Ausgabe des oö.planet erscheint Anfang Oktober 2022

WIND, SONNE, ERDWÄRME -
ALLES DA IM LAND

Oberösterreich ist bis zum Anschlag abhängig von Gas und müsste die Energiewende massiv beschleunigen. Aber Schwarz-Blau hat dazu einen – gelinde gesagt – eher passiven Zugang. Ein kurzer Aufriss des Status quo.

■ MARKUS ECKER

Nicht machbar? Zu komplex? Keine, zu wenige, zu teure alternative Energien? Nichts davon. „Es ist der politische Wille, das ‚Packen wir’s an‘, das fehlt. Die neuen Energien fehlen nicht, sie haben wir hier im Land, jede Menge. Sie warten nur darauf, umfassend genutzt zu werden“, sieht der Grüne Klubobmann Severin Mayr beste Voraussetzungen. Drei Initiativen haben die Grünen jüngst gestartet, um die Nutzung Erneuerbarer Energien auf das nötige Level zu heben. Es sind Offensiven in der Windkraft, der Solarenergie und der Geothermie (siehe auch Seite 5).

**Windenergie im
Dornröschenschlaf**

Nur zwei Prozent des Windkraft-Potenzials von 2.300 MW wird genutzt. Schwarz-Blau und ihr – irreführend so genannter – Windmasterplan sind der Grund. Ein Plan, der nicht antreibt, sondern verhindert, mit dem Ergebnis, dass in den letzten sechs Jahren genau ein einziges neues Windrad gebaut worden ist. „Das muss sich ändern. Wir wollen bis 2030 hundert neue Windräder für Oberösterreich. Das ist machbar,

denn in den Schubladen liegen bereits ausgereifte, aber bisher nicht umgesetzte Windkraftprojekte“, meint Mayr. Das geht nur mit einem neuen Windplan, angepassten Gesetzen, schnelleren Verfahren und vor allem einem klaren politischen Bekenntnis zur Windkraft.

**Bei Solarenergie sind
wir weiter.**

Die boomenden Photovoltaikanlagen auf Wohnbauten werden nicht ausreichen. Hier kommen die vielen Parkplätze ins Spiel. „Überdacht und mit Solaranlagen versehen, haben wir hier gewaltiges Energiepotenzial“, betont die Grüne Energiesprecherin Ulrike Schwarz. Auch hier gilt: Man muss es wollen und machen. Genau das haben die Grünen im Landtag eingefordert. Erstens eine Photovoltaikanlagen-Pflicht beim Neubau von offenen Parkplätzen ab 20 Stellplätzen. Zweitens ein Maßnahmenprogramm für PV-Anlagen auf bestehenden Parkplätzen. „Bis 2030 sollen rund die Hälfte der 2.900 Großparkplätze in OÖ mit PV-Anlagen versehen werden“, sagt Schwarz. „Unten die Autos, oben die Sonne – das muss gang und gäbe werden.“



Die Politik muss auf die großen Handelsketten, Betriebe und Unternehmen zugehen. Sie gilt es zu überzeugen und bei der Umsetzung zu unterstützen und zu fördern“, meint Schwarz.

Nische Erdwärme

Die Vorteile der Geothermie sind groß. Sie ist saisonal speicherbar, kostengünstig, stabil und importunabhängig. Gemessen an der derzeitigen Nutzung hat Geothermie das größte Potenzial der Erneuerbaren. Für Heizzwecke etwa wird Erdwärme bisher nur zu zwei Prozent des technisch mög-

lichen Potenzials eingesetzt, für die erneuerbare Stromerzeugung so gut wie gar nicht. Eine Hürde sind die Anfangsinvestitionskosten, etwa durch die Bohrungen. Darum kann eine Geothermie-Offensive nur „mit Bekenntnis und tatkräftiger Unterstützung der Politik möglich sein. Nur mit Förderungen und anderen finanziellen Instrumenten können wir Geothermie-Projekte nicht nur wichtig, sondern auch attraktiv machen“, meint Schwarz. Drei Töpfe randvoll mit Energie stehen bereit. Die verantwortliche Landespolitik möge zugreifen, jetzt.

DER BUND ENTLASTET MILLIARDENSCHWER -
SCHWARZ-BLAU BEOBACHTET

Vom Öffnen einer Rechnung über den Tankstopp bis zum Wocheneinkauf – die Teuerung ist weiter Belastung und Gesprächsthema Nummer 1. Nun aber mit einem Unterschied. Entlastung ist beschlossen und greifbar nahe. Die Bundesregierung hat ein Paket geschnürt, insgesamt rund 30 Milliarden Euro schwer. Mit kurz- und langfristigen Maßnahmen, für die breite Bevölkerung, die Familien und die energieintensive Wirtschaft. Das Abschaffen der kalten Progression darf getrost als historisch gewertet werden.

„Vor allem bringt das Anti-Teuerungs-Paket die wichtige

Unterstützung für MitbürgerInnen mit niedrigem Einkommen, die besonders unter den exorbitanten Preisen leiden“, meint die Grüne Sozialsprecherin LAbg. Ines Vukajlović. Kurzfristige Entlastung kommt mit dem 300€-Teuerungsausgleich, dem 500€-Klimabonus und der Verlängerung des Wohnschirms. Vor allem die Anpassung etlicher Sozialleistungen an die Inflation ist bahnbrechend. „Eine langfristige Maßnahme, die dazu beitragen wird, Existenzen zu sichern“, wie Vukajlović hervorhebt.

Der Bund hat geliefert, nun muss auch Oberösterreich endlich Verantwortung für die eigene Bevölkerung überneh-



men. Das Land agiert aber eher als stiller Beobachter. „Man hat den Eindruck, die schwarz-blaue Koalition verfolgt das Ganze erste Reihe fußfrei. Andere Bundesländer haben bereits das erste Entlastungspaket des Bundes mit eigenen Maßnahmen ergänzt. Hier im Land wird weiter diskutiert und die Hilfe auf die lange Bank geschoben“, sagt

Vukajlović und meint damit die von den Grünen geforderten Maßnahmen auf Landesebene, die trotz des aktuellen Milliardenpakets noch immer nötig sind. Von einer Erhöhung der Wohnbeihilfe, des Sozialhilferechtsatzes für Kinder über die Einrichtung eines Sozial- und Klimafonds bis hin zur Senkung der ÖV-Tarife für Klimatickets auf 365 Euro für ganz OÖ. „Es gibt gerade im Sozialbereich noch viel zu tun. Man sollte zumindest bei der Oö. Sozialhilfe jenen Rahmen ausschöpfen, der ohnehin gegeben ist“, meint Vukajlović. Den Bund zahlen zu lassen und sich als Land der Verantwortung zu entziehen ist auf jeden Fall zu wenig.

WIRTSCHAFT: ALTE SCHULE ODER NEUES DENKEN?

Die oberösterreichische Landespolitik setzt auf wirtschaftspolitische Rezepte der Vergangenheit. So wird die geplante Ansiedlung des Amazon-Verteilzentrums in Kronstorf die heimische Wirtschaft schwächen, anstatt sie zu stärken.

■ MARKUS ECKER

Ein starkes Land braucht eine starke Wirtschaft. Klingt wie ein Werbespruch, ist aber so. No na. Erfolgreiche Unternehmen, hohe Produktion, Dienstleister aller Art, volle Auftragsbücher und beste Qualität – das alles ist unverzichtbar für Land und Gesellschaft. Werbespruch Teil 2. Aber niemand wird dies ernsthaft anzweifeln. Komplexer und nicht mehr ganz so eindimensional ist schon die Frage, wie dies zu erreichen bzw. zu sichern ist. Eine Frage, die viele Themenfelder berührt, oftmals in scheinbare Gegensätze mündet und alte Schule und neues Denken aufeinanderprallen lässt.

Allseits bekannt und mitunter nicht konfliktfrei ist das Match Wirtschaft versus Natur- und

Bodenschutz. Vor allem dann, wenn es um neue Gewerbegebiete, -flächen und -objekte geht. „Ja, es wird auch für neue Betriebsbauprojekte Umwidmungen geben. Für Projekte, die Sinn machen, viele Arbeitsplätze schaffen. Aber grundsätzlich müssen wir den exorbitanten Bodenverbrauch einbremsen, und es gibt dafür Alternativen“, meint der Grüne Raumordnungssprecher Rudi Hemetsberger. Denn „im ganzen Land haben wir ungenutzte Betriebsobjekte, die Ortszentren veröden, weil dort die Geschäfte leer stehen. Diese müssen wir nutzen, statt uns nur auf Neuwidmungen zu konzentrieren“, meint Hemetsberger.

Das Paradebeispiel, wie es nicht geht, ist Ohlsdorf. Jenes mittlerweile sattem bekannte Betriebsbau-Projekt „Ehrenfeld II“, für das 19 Hektar Wald umgewidmet und vernichtet worden sind. Unter nach wie vor seltsamen Begleitumständen. „Bis heute wissen wir nicht, welches Unternehmen auf diese Riesfläche kommt, wie viele Arbeitsplätze entstehen und was es der regionalen Wirtschaft bringt“, meint die Grüne Wirtschaftssprecherin Dagmar Engl.

Weit- und umsichtige Betriebsansiedlung ist nicht nur kompatibel mit Boden- und Naturschutz. Sie bringt auch tatsächlich Vorteile für die hei-

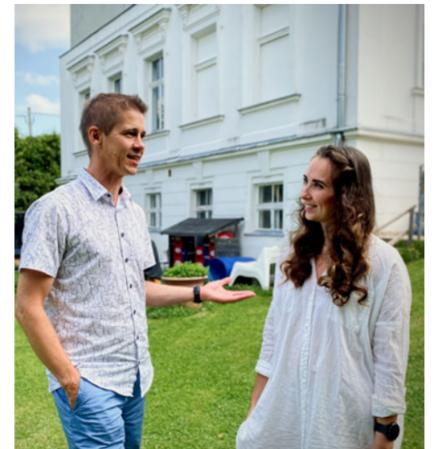
mische Wirtschaft, stärkt die Region und schafft möglichst viele und qualitätsvolle Arbeitsplätze. Auch hier lässt sich ein aktuell viel diskutiertes Beispiel nennen, das nicht wirklich in diesem Korridor liegt. Für Ohlsdorf angeblich nicht im Gespräch, soll Amazon in Kronstorf eine Heimstatt finden. Zwar auf bereits gewidmetem Gebiet, aber die genannten Kriterien werden definitiv nicht erfüllt. „Online-Giganten sind die Konkurrenz heimischer Betriebe. Sie stärken die regionale Wirtschaft nicht, sondern schwächen sie. Und dass ein Verteilzentrum zwar mehr Verkehr, aber keinen Jobimpuls bringt, ist wohl auch kein Geheimnis“, meint Engl.

Regionale Wirtschaft stärken

Offiziell hüllen sich die Verantwortlichen in Schweigen. Aus dem Wirtschaftsressort kommt maximal Kryptisches. Auf die mündliche Anfrage der Grünen, was er denn zur Stärkung der regionalen Wirtschaft tut, hat Landesrat Achleitner in seiner eigenen charmanten Weise nichts gesagt. 15 schriftliche Anfragen zum konkreten Kronstorf-Projekt warten noch auf Beantwortung. Ein Grüner Antrag, die kleinen und mittleren Unternehmen zu unterstützen, ist eingebracht.



Foto: Bilderbox.at



ELEMENTAR-PÄDAGOGIK AUFWERTEN!

„Das Land muss bei der Aufwertung der Elementarpädagogik ein paar Gänge zulegen“, meint der Grüne Bildungssprecher Reinhard Ammer und sieht sich nach seiner „Mitarbeit“ im Kindergarten Sonnenhof in Lambach klar bestätigt. Die dortigen Rahmenbedingungen mögen sich von jenen in öffentlichen Einrichtungen unterscheiden. Die Anliegen der Pädagoginnen sind aber ident: „Ein besserer Personalschlüssel, kleinere Gruppen, weniger administrativer Aufwand und mehr Gehalt. Das gilt für alle Kinderbetreuungseinrichtungen“. Nach wie vor werden zu viele Kinder von zu wenigen PädagogInnen betreut, die Gruppen sind zu groß. Qualitätsvolle pädagogische Arbeit mit dem einzelnen Kind ist schwierig, und gepaart mit der bescheidenen Entlohnung sorgt dies für Frust, Überlastung der MitarbeiterInnen und bedroht die Bildungs- und Betreuungsqualität. Eine Lösung kann nicht allein mehr Geld vom Bund sein. Die Landesverantwortlichen müssen es richtig einsetzen.



Foto: Bilderbox.at

KLEINES GLÜCKSSPIEL BRINGT GROSSEN ÄRGER

Was hat die Legalisierung des kleinen Glücksspiels in Oberösterreich tatsächlich gebracht? Mit der Legalisierung wollte man einen kontrollierbaren Bereich schaffen, den SpielerInnen- und Jugendschutz stärken und damit das illegale Glücksspiel zurückdrängen. „Man hat aber nicht den Eindruck, dass das funktioniert hat“ meint die Grüne Sicherheitsprecherin Anne-Sophie Bauer. Das illegale Zocken ist nicht unter Kontrolle und Oberösterreich vielmehr Hotspot des illegalen Glücksspiels, hinter dem organisierte, kriminelle Banden stehen“. Sie verlangt, dass auf Basis von Fakten und ExpertInnen-Wissen die Situation neu bewertet werden muss. „Das kann auch heißen, ein neuerliches Verbot des kleinen Glücksspiels zu prüfen.“



SCHWARZ-BLAUES TAGEBUCH

8. JULI 2022!

Mein liebes Tagebuch, sei nimma sauer, dass ich di gegen a halbe Tankfüllung eintauschen wollt – ist eh nix worden, der Tankwart hat gsagt, er nimmt nur ÖVP Chats. Echt schwer habens die mit de noch schwereren Autos, wenn net nur der Tacho, sondern a die Tankuhr auf die 200 zusteuert. Da wird der Blick scho manchmal glasig und die Stirn faltig, Hubraum-Gesicht nennt man des.

Die Preise san schon verrückt. Einkaufen geht i nur mitn Baldrian, jedes Preisschildl ist a feindlicher Akt und bei jeder Rechnung schwitzt i wie die Rendi Wagner vor an Doskozil-Interview. Obwohl, die SPÖ liegt in Erhebungen vorn. Umfragen sag ich nimma, die

haben so einen schaben Bein-geschmack.

Drei Gründe gibt's, warum die SPÖ jetzt auf der Eins steht ... und keiner fällt ma ein. Wurscht. Vor allem, weil die Regierung jetzt eh Geld ins Volk pumpt, wie der Putin früher des Gas. Aber damit is sowieso vorbei. Green Dream statt Nord Stream muss es jetzt haßen. Aber weils ohne Gas net so schnell geht, wird jetzt noch alles gesucht, was sich irgendwie verbrennen lasst.

Verbrennt hat sich a die ÖVP, jaja flying too high, zu nah an der Sonne, hat schon dem Ikarus die Flügel gstützt. Der Überflieger ist weg, zwei Landeshauptleute und die halbe Wählerschaft a, dafür san U-Ausschuss, Ermittler und

Opposition nu da. Kurz war der Hype.

Viel zu lang dauert aber schon der Ukraine-Krieg. Tragisch ist, dass die furchtbare Bomberei schon ganz normal zu den Nachrichten dazugehört. Genau sowie das ganze Reden übn Klimaschutz und Erneuerbare. Während angeblich alle dafür san, rutschn die Gletscher weiter ins Meer, geht das Wasser aus, fliegt uns der Hagel um die Ohren. Und dann lasst das EU-Parlament ausgerechnet Gas als Grüne Energie zu. Nach der Logik ist der Schweinsbraten jetzt vegan und der Trump a Linker. Überhaupt hat der was angefangen. Weil die Amis eigentlich ka Mittelalter ghabt haben, holen seine Richter des jetzt nach.

Jetzt san ma aber schon far from home: drum zrück nach Oberösterreich. Da sollt ich jetzt schreiben, was denn Schwarz-Blau so macht. Echt, in bin dankbar für jeden Hinweis. In jedem Aquarium ist mehr los. Die Leit helfen gegen die Teuerung, nix, Erneuerbare ausbauen, a net, Windradln bauen, aber nie. Ma möcht meinen, die Koalition denkt über die großen Sachen zumindest intensiv nach, weils so ruhig ist, aber na, die sind einfach eingeschlafen.

So Schluss jetzt, dunkel ist es, und ich muss Strom sparen, aber irgendwas war da noch: Ja, Corona winkt aus der letzten Reihe, aber was, wird schon net so tragisch werden...

■ MARKUS ECKER



Foto: Land OÖ/Waldbinger

ACT NOW!

Beim heurigen Jugendklimagipfel ging es ums Tun und um den Austausch mit der Politik

Wie Klimaschutz ganz konkret angegangen werden kann und was die Jugendlichen selber tun können, stand im Mittelpunkt des diesjährigen Jugend-Klimagipfels in Linz. Viele klimafreundliche Aktionen konnten die mehr als hundert Jugendlichen aus ganz Oberösterreich selbst planen bzw. ausprobieren, wie etwa Reparieren im Repair Café, Kleidertauschen, Essen retten und Verkochen, Upcyceln von Kleidungsstücken, Einsetzen von Medien für Klimaschutz, Teilnehmen an Urban Gardening oder an Zukunftswerkstätten für eine klimaneutrale Stadt. Ein wesentlicher Programmpunkt beim Jugendklimagipfel war der direkte Austausch zwischen den Jugendlichen und der Politik: Die SchülerInnen und Lehrlinge haben Stofffähnchen mit ihren Wünschen, Ideen und Anliegen für die Zukunft an ein langes Band geheftet, das sie an Umwelt- und Klima-Landesrat Stefan Kaineder übergeben werden. (mv)



Foto: Klimabündnis OÖ (2)



Foto: Land OÖ/Waldbinger



JETZT VAN DER BELLEN UNTERSTÜTZEN

Es ist ein wichtiges Zeichen für eine lebendige Demokratie, wenn sich Menschen aus dem ganzen Land an einer Wahlbewegung beteiligen.

Du möchtest die unabhängige Wahlbewegung für Alexander Van der Bellen unterstützen?

Wir freuen uns über deine Spende
→ vanderbellen.at/spenden

Wir freuen uns, wenn du ab 9. August an deinem Gemeindeamt

eine Unterstützungserklärung unterzeichnest. Das Formular gibt es in Kürze unter
→ vanderbellen.at

Wir freuen uns, wenn du dich anmeldest und die Wahlbewegung für Van der Bellen aktiv unterstützt
→ vanderbellen.at/mitmachen



COOLNESS

Das Wetter war immer schon Gesprächsthema Nummer eins. Hoffen wir, dass das so bleibt ...



TEXT RENÉ FREUND

Keine Telefongespräche, keine Plaudereien oder Geschäftstermine, keine zufälligen Begegnungen, bei denen nicht versucht würde, mit einigen Bemerkungen über das Wetter – Wetter zu machen. In Großbritannien gilt es als höflich, eine Unterhaltung mit einem Statement über das Wetter anzubahnen. Bei uns genießen meteorologische Kommentare den Ruf des Banalen, und dementsprechend launige Rückmeldungen bekommt man dann auf eine Feststellung wie „hoßheit“, die ich dem schweißüberströmten Zimmermann bei 35 Grad auf unserer Gartenbaustelle zurief. „Geht grad ohne Jacke“, sagte er und bewies damit zumindest innere Coolness.

In Zeiten der Klimakrise hat der Smalltalk über das Wetter eine existenzielle Dimension gewonnen. Natürlich, wir wissen, dass das Klima etwas anderes ist als das Wetter. Aber wir bekommen eine böse Vorahnung davon, dass etwas nicht stimmt. Denn es ist keine Kindheits-Sentimentalität, sondern statistische Tatsache: Mein Schulweg in den Wiener Wintern der 1970er Jahre führte oft durch kniehohen Schnee. Letzteren findet man selbst in Oberösterreich nicht mehr, am wenigsten in den Schigebieten. Stattdessen, und wir wollen im Som-

mer bleiben: Trockenheit, unterbrochen von Gewitterstürmen samt Hagel. Und ungerechterweise zerstört dann so ein Unwetter, wie am 4. Juli – ausgerechnet den Schaugarten der engagierten Saatgutschützer von Arche Noah.

Der Sommer folgt offensichtlich dem gesellschaftlichen Konsens. Hatten noch einige „Zukunftsforscher“ behauptet, die Corona-Krise würde das Konsumverhalten nachhaltig verändern, so zeigt sich nun eine verstörende Mentalität, die das „Jetzt erst recht“ und „Ist eh schon wurscht“ zelebriert: Während die einen versuchen, alles richtig zu machen und sich vegan ernähren, mit dem Fahrrad fahren und Zahnbürsten aus nachwachsenden Rohstoffen kaufen, stauen die anderen auf der Autobahn Richtung Süden, wo es ihnen eigentlich eh zu heiß ist. Und der Herbsturlaub auf den Seychellen ist auch schon gebucht, denn wer weiß, wie lange es noch Korallen gibt.

Hoffen wir dennoch, dass es auch in Zukunft möglich sein wird, eine Konversation mit einer launigen Bemerkung über das Wetter beginnen zu können – ohne allzu unhöflich zu wirken.

René Freund lebt als Schriftsteller in Grünau im Almtal. Eine Kolumne über die „Meteorologie des Unbewussten“ findet Ihr in „Stadt, Land und danke für das Boot“, Picus Verlag.

KONTAKT

Die Grünen OÖ – Die Grüne Alternative
Landgutstraße 17, 4040 Linz
Tel. 0732/73 94 00 Fax DW 556
Mail ooe@gruene.at
Web ooe.gruene.at
FB facebook.com/grueneooe

REDAKTION

oö.planet – Grüne Zeitung für OÖ
Landgutstr. 17, 4040 Linz
Tel. 0732/73 94 00 Fax DW 556
LeserInnenzuschriften:
Mail marco.vanek@gruene.at
Tel. 0732/73 94 00
Adressverwaltung: Richard Steinmetz
Mail service.ooe@gruene.at